

«Das ist eine Kapitulation»

Der Ständerat hat eine Thurgauer Initiative gegen den Einkaufstourismus abgelehnt – allerdings äusserst knapp.

Adrian Vögele aus Bern

Lieber noch ein bisschen abwarten: So entschied der Ständerat am Mittwoch, als er sich – einmal mehr – mit dem Einkaufstourismus befasste. Zur Diskussion stand eine Initiative des Kantons Thurgau, welche die Aufhebung der 300-Franken-Freigrenze für private Einfuhren forderte. Das Resultat wurde mit Spannung erwartet. Denn bislang hatte der Ständerat ähnliche Vorstösse stets deutlich abgelehnt, so auch eine St. Galler Standesinitiative. Dabei hat er das Problem, dass dem Schweizer Detailhandel Milliarden an Einkünften verloren gehen, längst erkannt. Doch bevor man Massnahmen beschliesse, solle der Bundesrat eine Auslegeordnung zum Thema vornehmen, hiess es im Frühling im Ständerat. Dieser Bericht folgte dann im Sommer – und half auch nicht weiter.

Der Bundesrat analysierte diverse Möglichkeiten zur Eindämmung des Einkaufstourismus, nur um abschliessend festzustellen, es gebe kein wirkliches Rezept dagegen. Auf konkrete Vorschläge verzichtete die Regierung – und schob den Ball wieder dem Parlament zu. Damit war es an der Wirtschaftskommission (WAK) des Ständerats, einen Vorschlag zu machen.

Kommission hofft auf neue Technologien am Zoll

Die Kommission tut sich schwer. Sie hat bislang keinen eigenen Vorstoss lanciert – und empfahl auch die Thurgauer Initiative zur Ablehnung. Die Begründung: Der administrative Aufwand wäre enorm, zudem wäre die Regelung leicht zu umgehen und ihre Einhaltung kaum kontrollierbar. Ehe man ernsthaft darüber nachdenken könne, an



Die Ostschweizer Kantone wehren sich in Bern gegen die negativen Folgen des Einkaufstourismus.

Bild: Ennio Leanza/Keystone

der Mehrwertsteuergrenze zu schrauben, brauche es neue technologische Mittel zur Abrechnung am Zoll.

Bei Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP/TG) kam die Antwort schlecht an. «Das ist eine Kapitulation», sagte sie auf Anfrage. Wie schon der Bundesrat, schiebe nun auch die WAK das Thema einfach vor sich her. «Das geht so nicht. Es muss doch möglich sein, ein Modell zu entwickeln, um das Problem zu lösen», so Häberli. Schliesslich sei bei weitem nicht nur der Thurgau davon betroffen. Die Standesinitiative beklagt nebst den negativen Folgen für den hiesigen Detailhandel auch die Einnahmehausfälle für den

Staat bei der Mehrwertsteuer und den massiven Autoverkehr, den der Einkaufstourismus verursacht.

Im Rat war Brigitte Häberli am Mittwoch mit ihrer Kritik nicht allein. Der Schaffhauser Thomas Minder warnte davor,



Brigitte Häberli-Koller, Thurgauer CVP-Ständerätin.

Bild: Reto Martin

die Standesinitiative in die «ruhmlose Serie abgelehnter Vorstösse zum Einkaufstourismus» einzureihen. Der Zeitpunkt für die Aufhebung der 300-Franken-Grenze sei ideal – der Zoll befinde sich ohnehin in einer grossen Reform und eine digitale Verzollungs-App existiere bereits.

Noser beschwichtigt und kündigt einen Vorschlag an

Werner Hösli (SVP/GL) ärgerte sich sichtlich über das Argument der Wirtschaftskommission, eine Änderung an der Freigrenze schaffe neue Probleme. «Wenn das die Haltung der Politik ist, dann können wir gleich einpacken.» Es sei jetzt nötig,

einen ersten Schritt zu machen. Stattdessen wolle die WAK einfach nichts tun.

Die Kommissionsmitglieder Martin Schmid (FDP/GR) und Ruedi Noser (FDP/ZH) wehrten sich gegen diesen Vorwurf. Die Kommission habe die Initiative nicht leichtfertig abgelehnt, sondern sich eingehend mit dem Thema befasst. Noser kündigte an, die WAK werde im Dezember allenfalls einen Vorschlag unterbreiten. «Doch eine Änderung bei der Mehrwertsteuer wird das Problem des Einkaufstourismus nicht lösen.» Dennoch scheiterte die Thurgauer Initiative am Ende nur äusserst knapp – mit 18 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung.